

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886846 pppn d

## Inhalt

Anke Fuchs MdB zu den  
Wahlergebnissen in Bremen  
und Schleswig-Holstein: Ein  
großer Erfolg für die SPD.  
Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns zu den  
Perspektiven, die sich aus  
dem Honecker-Besuch erge-  
ben: Bonn hat sich unter  
Handlungszwang gesetzt.  
Seite 3

Rudolf Dreßler MdB zu den  
Versprechen der Bundesregie-  
rung: Die wundersame Lö-  
sung des Problems der Mas-  
senarbeitslosigkeit.  
Seite 6

42. Jahrgang / 174

14. September 1987

### Ein großer Erfolg für die SPD

Zu den Wahlergebnissen in Schleswig-Holstein und Bremen

Von Anke Fuchs MdB  
SPD-Bundesgeschäftsführerin

I.

Die Ergebnisse der gestrigen Landtagswahlen sind ein großer Erfolg für die SPD. In Schleswig-Holstein hat es für die SPD einen historischen Durchbruch gegeben: Sie ist erstmals stärkste politische Kraft im Landtag. In Bremen hat die SPD ihre absolute Mehrheit verteidigt. Insgesamt hat die SPD die glänzenden Ergebnisse von 1983 in etwa wiederholt oder sogar übertroffen. Es ist unübersehbar: Die SPD hat sich auf ihre eigene Kraft besonnen und damit Erfolg gehabt. Statt überflüssiger Bündnisdiskussionen und schädlicher Nebelschau haben wir uns auf unsere Aufgaben konzentriert. Und dabei wird es auch künftig bleiben. Bemerkenswert ist auch, daß die SPD sich in Bremen trotz erheblicher Zugewinne der Grünen behaupten konnte.

II.

Der CDU laufen immer mehr Wähler weg. Die gestrigen Ergebnisse bedeuten für die CDU die bisher schwerste Niederlage in Schleswig-Holstein und ein geradezu vernichtendes Ergebnis in Bremen. Die Niederlage in Schleswig-Holstein ist zugleich eine schwere persönliche Niederlage für die CDU-Landesvorsitzenden und Bundesfinanzminister Stoitenberg. Die Ergebnisse bestätigen den eindeutigen Niedergang der CDU, wie er sich schon bei der Bundestagswahl und bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg abgezeichnet hat.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Union in einer Orientierungs- und Richtungskrise ist. Dies hat zu einer schweren Vertrauenskrise der Unionsparteien in der Wählerschaft geführt: Trotz des permanenten Schön-Wetter-Geredes nimmt die Arbeitslosigkeit nicht ab; die groß angekündigte Steuerreform ist inzwischen von den meisten Bürgerinnen und Bürgern als Steuerschwindel durchschaut worden, und in der Sicherheitspolitik ist diese Regierung so zerstritten, daß der Bundeskanzler es nicht wagen kann, seine Entscheidung dem Parlament zur Abstimmung zu stellen. Und mit ihrer verfehlten Agrarpolitik gefährdet die Bundesregierung die Existenz von tausenden bäuerlichen Familienbetrieben. Die CDU-regierten Länder müssen die Suppe auslöffeln, die ihnen in Bonn eingebracht worden ist. Es wird interessant sein zu beobachten, ob sie dieser Entwicklung tatenlos zusehen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebt über Umwege  
mit demselben Rohstoff  
Recycling-Papier



Die Ergebnisse der gestrigen Landtagswahlen widerlegen eindeutig Geißlers Lagertheorie. Es hat offenkundig nicht nur einen Stimmenaustausch innerhalb des konservativen Lagers zwischen CDU und FDP gegeben, sondern die CDU hat auch deutlich an die SPD verloren. Eine erste Analyse zeigt, daß die CDU dort besonders stark verloren hat, wo die SPD überdurchschnittlich zugelegt hat. (Zum Beispiel in Husum-Land, Rendsburg-West und Schleswig-West). Dieser Zusammenhang ist deutlicher als der Zusammenhang zwischen FDP-Gewinnen und CDU-Verlusten.

Die starken CDU-Verluste sind auch nicht in erster Linie auf geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Dort wo die Wahlbeteiligung besonders stark zurückgegangen ist, hat die CDU noch die geringsten Verluste. Man kann eher umgekehrt sagen, die SPD hat unter der geringeren Wahlbeteiligung vermutlich besonders stark gelitten. Dort, wo die SPD im Vergleich zur letzten Landtagswahl keine großen Gewinne erzielen konnte, ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich stark zurückgegangen.

Der Generalsekretär der CDU, der am besten wissen sollte, warum seine Partei so schlecht abgeschnitten hat, versucht jetzt, die Schuld für die Niederlage bei verschiedenen Medien abzuladen. Diesem Versuch muß entschieden widersprochen werden. Die gegen Ministerpräsident Barschel erhobenen Vorwürfe sind nicht Ergebnis einer Erfindung oder einer Kampagne irgendwelcher Medien, sondern sie beruhen auf Aussagen eines engen, persönlichen Mitarbeiters des Ministerpräsidenten. Schon das macht es notwendig, die Affäre so schnell und vollständig wie möglich aufzuklären.

### III.

Alarmierend ist das Abschneiden der rechtsextremistischen Deutschen Volksunion, die bei der Bürgerschaftswahl in Bremen ihre nationalistischen und ausländerfeindlichen Parolen mit einem bisher nie gekanntem Werbeaufwand verbreitet hat. Hier müssen sich die Unionsparteien fragen lassen, ob sie nicht in den letzten Jahren bei dem Versuch, auch noch die letzten Wähler im äußersten rechten politischen Spektrum anzusprechen, Stichworte für rechtsradikale Gruppen geliefert haben. Die CDU/CSU hat die Geister gerufen, die sie jetzt nicht mehr los wird. Sie haben durch ihre Politik ein Klima geschaffen, in dem Stammtischparolen wieder gesellschaftsfähig geworden sind.

### IV.

Das Abschneiden der FDP in Schleswig-Holstein ist alles andere als ein Triumph. Die FDP hat mit Mühe und Not die Fünf-Prozent-Klausel überwinden können und muß sich fragen, ob ihre Wahlaussage in Schleswig-Holstein für dieses schwache Abschneiden nicht ursächlich gewesen ist. Eine Partei, die sich selbst nur als das Pünktchen auf dem I darstellt, reduziert sich selbst zum bedeutungslosen Anhängsel einer anderen Partei. Genau das ist in Schleswig-Holstein sichtbar geworden. Die FDP muß sich jetzt fragen, ob es mit dem Selbstverständnis einer demokratischen Partei vereinbar ist, unter den Umständen, die in Schleswig-Holstein gegeben sind, eine Regierung zu bilden. Das in Schleswig-Holstein eingetretene Patt läßt ohnehin nicht erwarten, daß CDU und FDP eine stabile Regierung bilden könnten, die in der Lage wäre, die schwierigen strukturellen Probleme dieses Bundeslandes zu lösen. Das Interesse der Bonner Koalition am Machterhalt darf nicht dazu führen, daß in Schleswig-Holstein eine politisch instabile Regierung gebildet wird. Es ist ein Gebot des politischen Anstandes, daß in Schleswig-Holstein Verhandlungen über eine Regierungsbildung nicht geführt werden, so lange nicht Gespräche mit der siegreichen Partei bei dieser Wahl, mit der SPD, geführt worden sind. Die SPD hält die Wiederwahl von Ministerpräsident Barschel ohnehin solange für undenkbar, wie die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht restlos aufgeklärt sind.

(-/14.9.1987/vb-he/rs)

\* \* \*

**Nach dem Honecker-Besuch**

Wie geht es weiter in den deutsch-deutschen Beziehungen?

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der offenbar von allen politischen Kräften als erfolgreich eingestufte erste offizielle Besuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987 liegt hinter uns. Vor uns liegen Fragen: Was bleibt? Wie geht es weiter in den deutsch-deutschen Beziehungen? Was können die beiden deutschen Staaten für Frieden und Abrüstung tun? Mit welcher Perspektive wollen Bundesrepublik und DDR deutsch-deutsche Politik machen? Wie soll die gemeinsame deutsch-deutsche Tagesordnung der nächsten Zeit aussehen?

Aktueller Bezugspunkt für die Beantwortung dieser Fragen ist die deutsch-deutsche Abschlusserklärung vom 8. September 1987. Herangezogen werden müssen allerdings auch die zahlreichen Reden, die der Bundeskanzler, der Bundespräsident, der Staatsratsvorsitzende wie die Ministerpräsidenten der Länder, die Erich Honecker besucht hat, gehalten haben. Kohl und Honecker haben übereinstimmend erklärt, daß sie das Erreichte bewahren und ausbauen wollen und sich mit Verständigungswillen und Realismus auf „praktische Ergebnisse gerichtete Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten“ einsetzen wollen. Rahmen und Grundlage für alle deutsch-deutschen Bemühungen ist der Grundlagenvertrag von 1972. Dies ist ausdrücklich bestätigt worden wie die Gültigkeit der gemeinsamen Erklärung von Kohl und Honecker vom 12. März 1980 anlässlich der Beerdigungsfeierlichkeiten für Tschernienko 1985 in Moskau. Tenor der zahlreichen deutsch-deutschen Begegnungen wie im übrigen auch des deutsch-deutschen Schlußkommuniqués vom 8. September 1987 ist: Trotz der Unterschiede und Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten gibt es gute Chancen für ertragreiche Beziehungen, die ihre Wirkungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten haben wie für die europäische Entwicklung.

Honecker hat als eine erste Bewertung seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik seinen Besuch als zeitgemäß zweckmäßig und nützlich bezeichnet. Dies könnte der Dreiklang für die deutsch-deutschen Beziehungen insgesamt sein: Sie müssen zeitgemäß (in ihren Zielen, wie in ihren Erscheinungsformen und Begründungen) sein. Die gegenseitigen Wünsche und Forderungen müssen zweckmäßig und die deutsch-deutschen Beziehungen müssen für beide Seiten nützlich sein. Dies verlangt von der Bundesrepublik wie von der DDR Kompromißbereitschaft wie auch Kompromißfähigkeit und die Beherrschung des Grundsatzes: Keiner darf den anderen überfordern. In einem solchen Rahmen ergibt sich ein weites Handlungsfeld für die beiden deutschen Staaten, wobei es entscheidend darauf ankommt, eine deutsch-deutsche Choreographie gemeinsamer Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung zu entwickeln.

Am 4. Tag seines Besuches (am 10. September 1987), nachdem Bundeskanzler Kohl in seinen Reden klare Worte zur Grenze und zur Mauer gefunden hat, äußerte sich der Staatsratsvorsitzende der DDR zum ersten Mal in Neunkirchen (Saarland) während seines Besuches zur deutsch-deutschen Grenze. Offenbar spontan und unter dem Eindruck des herzlichen Empfanges in seiner saarländischen Heimat, aber durch Abdruck im „Neuen Deutschland“ (11.9.87, S. 5) und anderen DDR-Medien offiziellisiert, sagte Erich Honecker unter anderem: Die DDR sei ein aktives Mitglied der Warschauer Pakt-Staaten und die Bundesrepublik sei fest im westlichen Bündnis verankert. „Daß unter diesen Bedingungen die Grenzen nicht so sind, wie sie es sein sollten, ist nur allzu verständlich. Aber ich glaube, wenn wir gemeinsam hinwirken entsprechend dem Kommuniqué, was wir nunmehr in Bonn unterzeichnet haben, und in Verbindung damit eine weitere friedliche Zusammenarbeit erreichen, dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht trennen, sondern Grenzen uns vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Volksrepublik Polen vereint.“



Was eine solche, wenn auch konditionierte Grenzaussage bedeutet, ist nicht in allen ihren Implikationen klar zu erkennen. Unklar ist, ob sich diese Äußerung auf die Beschaffenheit dieser Grenze bezieht oder, was auch denkbar wäre, auf Umfang und die Umstände des Grenzverkehrs. Erkennbar ist dagegen, daß diese Andeutung dreifach konditioniert ist: 1. Das deutsch-deutsche Schlußkommunique vom 8. September 1987 muß in die Praxis überführt werden. 2. In Verbindung damit muß eine „weitere friedliche Zusammenarbeit“ erreicht werden. Und schließlich: 3. Beim Grenzhinweis auf Polen wird implizit angemahnt, daß in Europa keine Grenze mehr unter Vorbehalt gestellt werden darf. Dies gilt für die Oder-Neiße-Grenze, dies gilt jedoch auch für die Elb-Grenze.

Immerhin: Hier tut sich etwas in der Perspektive Positives mit dem Ziel, auf einen Zustand in Europa hinzuwirken, in dem die Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren!

Wie soll es nun weitergehen?

Das gemeinsame Kommunique vom 8. September 1987 nennt zwar Themen und Projekte, enthält jedoch keine gemeinsame Festlegung konkreter Schritte. Dies gilt sowohl für die humanitären wie auch für die ökonomischen sowie Abrüstungspolitischen Schritte. Man wird abwarten müssen, auf welche Schritte sich die beiden deutschen Staaten in den nächsten Monaten verständigen können. Von der Problemlage her gäbe es eine deutsch-deutsche Tagesordnung.

Ganz oben steht die weitere Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs. Beide haben im Kommunique die Absicht bekräftigt, „auf weitere Verbesserungen und Erleichterungen im Interesse der Menschen hinzuwirken“. Repräsentative Meinungsumfragen bei uns, wie etwa die in der „Welt“ vom 26. August 1987, S. 6, veröffentlichte, zeigen die großen Erwartungen an die Bundesregierung. So lautete eine Frage vor dem Honecker-Besuch (Frage 7): Für welche Belange sollte sich ihre Meinung nach die Bundesregierung gegenüber Honecker besonders einsetzen? Über 70 Prozent waren für Erleichterungen von Westreisen für DDR-Bürger und Erleichterungen von DDR-Reisen für Bundesbürger. Dagegen rangiert der Umweltschutz nur mit fünf Prozent am Ende der Wünsche. Ganz wichtig ist dabei, daß auch die legal zu uns gekommenen DDR-Bürger wieder ihre Verwandten besuchen dürfen. Wichtig ist hier die Zusage der DDR, allen Übersiedlern, die vor 1982 die DDR legal verlassen haben, mit Wirkung vom 1. Januar 1988, die Einreise wieder zu gestatten.

Die weiteren Punkte auf der deutsch-deutschen Tagesordnung sind:

- Umweltschutz mit wirksamen Ergebnissen (Werra und Elbe, aber auch Luftverschmutzung). Hier hat das am Rande des Honecker-Besuches unterzeichnete Umweltschutz-Rahmenabkommen lediglich einen ersten Schritt getan.
- Kultur- und Sportbeziehungen. Obwohl das Kulturabkommen, das 1986 unterzeichnet wurde, gute Ergebnisse gebracht hat, sollte man das Augenmerk auf eine Verbreiterung der Kulturbeziehungen unter Einschluß etwa auch eines Studenten- und Lehrlingseustausches ins Auge fassen. Die Sportbeziehungen sind immer noch nicht ausreichend, wenn man berücksichtigt, daß es sich hier um zwei Nachbarstaaten handelt, und zwei Staaten, die hervorragende Sportler hervorbringen.



- Das Rechtshilfeabkommen, über das seit 1973 verhandelt wird, sollte bald unter Dach und Fach gebracht werden. Voraussetzung allerdings ist eine Einigung in der Staatsangehörigkeitsfrage.
- Aber auch Abrüstung und Frieden sollten deutsch-deutsche Themen sein. Damit würde man einen Einstieg in eine zweite Phase der Deutschlandpolitik gewinnen, die beides miteinander verbindet, nämlich die humanitäre Komponente deutsch-deutscher Beziehungen und die Friedenspolitik. Ein wichtiges Feld mit der Frage, was denn die beiden deutschen Staaten für Frieden und Abrüstung tun können - gemeinsam beziehungsweise parallel.

Dies wäre die Perspektive für die nächste Zeit!

Was bleibt?

Auch wenn man der Meinung ist, daß die protokollarische Gleichstellung des Staatsratsvorsitzenden der DDR mit ausländischen Gästen gleichen Ranges (der Besuch Braschnews gilt hier als Beispiel) an der rechtlichen Qualität der deutsch-deutschen Beziehungen, die nach Bonner Auffassung staatsrechtlicher Art und nicht völkerrechtlicher Natur ist, nichts ändern wird, so zeigt die prozedurale Abwicklung des Besuches durch eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung doch eine Abkehr von bisherigen Positionen: Die DDR ist ein gleichberechtigter Staat. Die DDR-Führung ist ein anerkannter Partner für alle Bemühungen, deutsch-deutsche Verbesserungen praxiswirksam werden zu lassen.

Dies kann nicht ohne Folgen bleiben etwa für die Bonner Position gegenüber den Forderungen der DDR nach einer Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft (Rechtshilfeabkommen). Dies kann auch nicht ohne Folgen bleiben für die weitere Existenz der Erfassungsstelle in Salzgitter. Hier wird das Problem besonders deutlich: Man kann Erich Honecker nicht wie das Oberhaupt eines ausländischen Landes behandeln (dies hat die Kohl-Regierung protokollarisch getan) und gleichzeitig die DDR strafrechtlich zum Inland erklären. Verstößt die Existenz der Salzgitter-Erfassungsstelle bereits schon gegen den Artikel 6 des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages, so hat sich die Bundesregierung durch die protokollarische Behandlung des Honecker-Besuches unter Handlungszwang gesetzt: Sie muß die Auflösung der Salzgitter-Erfassungsstelle in die Wege leiten. Nicht um der DDR-Führung einen Gefallen zu tun, sondern um der politischen Klarheit willen! (-/14.9.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*

**Die wundersame Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit**

---

**Die Koalition will durch Nichtstun eine Million Arbeitsplätze schaffen**

**Von Rudolf Draßler MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender  
des Arbeitskreises Sozialpolitik**

Blüm, Bangemann und die gesamten Koalitionstreue sind sich einig: Bis 1991 wird es eine Million Beschäftigte mehr geben. So steht es in den mittelfristigen Projektionen der Bundesregierung, so konnte man es während der Haushaltsberatungen in der letzten Woche hören.

Das ist ja phantastisch, wenn man bedenkt, daß die Konjunktur nach dem Urteil der Fachleute lehmt, die Massenarbeitslosigkeit - seit der Wende und bei guter Konjunktur um über 400.000 gestiegen - seit November letzten Jahres saisonbereinigt um 80.000 angewachsen ist. Überall hört man, es geht aufwärts mit der Massenarbeitslosigkeit, davon lassen sich aber die realitätsfremden Regierungsoptimisten nicht beirren.

SPD und Gewerkschaften streiten für Maßnahmen im Bereich Arbeit und Umwelt, für eine gerechte, die Nachfrage steigernde Steuerreform - warum eigentlich, wenn die Beschäftigung auch ganz von alleine gewaltig zunimmt?

Warum eine Stärkung der kommunalen Finanzen- und Investitionskraft schaffen, warum eine gerechte Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung durchsetzen, warum soziale Dienste ausbauen, warum Maßnahmen zur Überwindung der Berufsnot der jungen Generation auf den Weg bringen - wenn sich durch Abwarten und Ausitzen vieles von alleine richtet?

Die Sache hat leider einen kleinen Haken: Am 8. Juni 1983 schrieb Norbert Blüm in der Bildzeitung: „Eine Million Arbeitslose weniger - so geht's.“ Was daraus geworden ist, ist bekannt: Die „Wende“-Koalition hat die Massenarbeitslosigkeit nicht absondern ausgebaut. Mehr als 400.000 Arbeitslose zusätzlich waren und sind in der Negativbilanz.

(-/14.9.1987/vh-ha/rs)

\* \* \*

